

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XX/218

Bonn, den 12. November 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:  
-----

Seite Zeilen  
-----

1 Der Kanzler kann nicht, was andere Kanzler können 47

Ein Wort zu Erhards Flucht vor der Wahrheit

Von Dr. Karl Mommer  
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

2 "Unbeirrt weiter" ? 48

CDU/CSU-Kommuniqué zeugt von hoffnungsloser Verwirrung

Von Franz Barsig

3 - 4 Fehlanzeige auch in der Bildungspolitik 70

Nach dem 3. Kulturpolitischen Kongreß der CDU/CSU in Hamburg

Von Klaus Helfer

5 Was ist eigentlich "Politik" ? 46

Verfehlte Warnungen - am Beispiel der Energiepolitik

Der Kanzler kann nicht, was andere Kanzler können

---

Von Dr. Karl Kommer  
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Zur Entschuldigung für die Verweigerung der Beantwortung von Dringlichkeitsfragen der SPD führte der Bundeskanzler im Plenum des Bundestages am Mittwoch an, er habe die Fragen erst in letzter Minute bekommen und sei deswegen außerstande, eine Antwort zu geben.

Die Fragen wurden am Vortage um 11.30 Uhr eingereicht. Sie waren schon am Tage davor öffentlich angekündigt worden. Der Bundesaußenminister ließ durch einen Beamten um 11.45 Uhr ein Exemplar abholen und hatte schon vorher wissen lassen, daß er zur Beantwortung der Fragen von Brüssel nach Bonn kommen werde. Im Ältestenrat habe ich gegen 13.00 Uhr angekündigt, daß die SPD-Fraktion mit der Anwesenheit des Herrn Bundeskanzlers rechne und sich gegebenenfalls auf das Herbeirufungsrecht des Parlaments berufen werde. Als Vertreter der Bundesregierung war Herr Niederalt anwesend, der den Herrn Bundeskanzler hätte benachrichtigen können und müssen. Die Pressestelle der SPD-Bundestagsfraktion hatte die Fragen um 14.30 Uhr ausgedruckt und verteilt. Spätestens um 15.00 Uhr hätte der Herr Bundeskanzler im Besitz der Fragen und der Information sein müssen, daß er als Verantwortlicher für die Richtlinien der Politik in der Fragestunde erscheinen müsse. Wenn es also wahr ist, daß der Herr Bundeskanzler wirklich in allerletzter Minute den Wortlaut der Fragen erfuhr, dann kann man nur sagen: Im Bundeskanzleramt ist eine Reorganisation fällig.

Nun unterstellen wir, daß es so lief und der Kanzler wirklich erst kurz vor Beginn der Fragestunde unterrichtet wurde. Wäre das ein ausreichender Grund, so zu kneifen, wie er es getan hat? Wie ist das in anderen Parlamenten? In London müssen alle Fragen einen Tag vor der Beantwortung eingereicht sein; bei uns Dringlichkeitsfragen um 12.00 Uhr vor der angesetzten Fragestunde. In Ottawa habe ich kürzlich Fragestunden miterlebt, die aktueller waren als sie in irgendeinem anderen Parlament der Welt zu sein scheinen. Es gibt hier überhaupt keine Einreichungsfrist. Das Kabinett ist einschließlich des Premierministers vollzählig versammelt. Es können Fragen mündlich o h n e Vorankündigung, aus der Sitzung heraus, an die Regierung gestellt werden. Und nicht etwa belanglose Fragen. Ministerpräsident Pearson wurde gefragt, was er am Vortage in einer Rede mit Bemerkungen über notwendige Veränderungen in der China-Politik gesagt habe. Es ging um heikle Fragen der Außenpolitik. Der Ministerpräsident und sein Außenminister mußten so gut sie es konnten, antworten. Sie konnten; was die Mitglieder unserer Bundesregierung anscheinend nicht können.

Außerdem: Auch in unserer Fragestunde, selbst in der normalen Fragestunde mit überlanger Anmeldefrist von drei Tagen, kennt die Regierung zwar die eingereichte Frage, nicht aber, welche Zusatzfragen aus dem Hause gestellt werden. Minister und Staatssekretäre unterliegen da einer harten Prüfung - der sie allerdings nicht alle gewachsen sind. Man kann verstehen, daß jeder Regierung solche Fragen unangenehm sind. Sie muß sich ihnen aber stellen. In anderen Ländern stellen sich die Regierungen. Der Kanzler der Bundesrepublik hat gekniffen.

"Unbeirrt weiter" ?

CDU/CSU-Kommuniqué zeugt von hoffnungsloser Verwirrung

Von Franz Barsig

Der Bundeskanzler, so heißt es in dem Kommuniqué, das der CDU/CSU-Fraktionsvorstand nach seinen Beratungen am letzten Mittwoch veröffentlichte, bekräftigt seine Entschlossenheit, seine bisherige Außenpolitik unbeirrt fortzusetzen. Wenn man spotten wollte, dann könnte man diesen Satz so interpretieren, daß der Bundeskanzler auch weiterhin das heillose Durcheinander weiterwuchern lassen will, denn in den letzten Monaten bestand eben seine Außenpolitik und die der CDU/CSU im Gegeneinander und im Durcheinander.

Aber auch, wenn man den Spott beiseite läßt - und man sollte es tun, denn die Folgen schlechter Politik haben alle zu tragen - ist dieser Kommuniqué-Satz einfach un w a h r .

In den Fragen der MLF kann er nicht zutreffen, denn aus welchem Grunde ist NATO-Botschafter Grewe in Washington gewesen? Doch wohl mit dem erklärten Ziel, den Vertrag über die MLF bis zum Jahresende unter Dach und Fach zu bringen, auch auf die Gefahr hin, daß es sich dann nur um eine bilaterale Abmachung handeln würde. Die Bereitschaft dazu hat im Übrigen der Bundeskanzler selbst in einer Pressekonferenz in Berlin offen ausgesprochen, obwohl man nachher darüber erschrocken, was Erhard angerichtet hatte.

Jetzt wird im Kommuniqué der Mittwoch-Beratungen festgestellt, daß kein Anlaß bestehe, auf eine Beschleunigung des MLF-Abkommens von deutscher Seite besonders zu drängen. Die Politik Erhards hat sich also in diesem Punkte entscheidend geändert und wird nicht "unbeirrt fortgesetzt". Man sollte also den Unsinn lassen, sich selbst und die Bevölkerung zu täuschen.

In der Sache erhebt nämlich die SPD keinen Widerspruch, weil sie immer der Auffassung war, daß die MLF ein Instrument europäisch-atlantischer Nuklearplanung sein soll, und sie hat deshalb von bilateralen Experimenten abgeraten. Die Bundesregierung ist zu ihrer jetzigen Haltung durch die internationale Entwicklung gezwungen worden, wobei, nicht nur französische Pressionen eine Rolle spielen, sondern ebenso die neuen britischen Vorschläge und auch die amerikanische Haltung, die nicht riskieren will, durch ein bilaterales Abkommen das Bündnis als Ganzes zu gefährden. Aber es bleibt ein Unterschied, ob die Bundesregierung dem französischen Staatspräsidenten den Eindruck vermittelt hat, sie trete jetzt "kurz", weil er massiv geworden war, oder ob die Bundesregierung ihre Zusammenarbeit mit Washington fortsetzt und lediglich der internationalen Entwicklung dabei Rechnung trägt.

In der Getreidepreisfrage allerdings bleibt man "unbeirrt" und jeder weiß, daß die Regierung hier nur gebannt auf den Wahltag starrt und leichtfertig riskiert, 1966 überstimmt zu werden, um dann die deutschen Bauern ihrem Schicksal zu überlassen. Punkt eins des Kommuniqués, der sich mit der Europa-Politik befaßt, besteht aus unverbindlichen Gemeinplätzen. Hier kann die Einstimmigkeit nicht ernst genommen werden. Zu einer Vertrauenserklärung für Schröder hat es nicht gereicht. Wenn Erhard meint, er könne einen Sonderberater Adenauer anbinden, wird er bald merken, welchen Mühlstein er sich um den Hals gehängt hat. Am Freitag wird weitergesprochen im Deutschen Bundestag. Und welches Interview erscheint am Wochenende ?

Fehlanzeige auch in der Bildungspolitik

Nach dem 3. Kulturpolitischen Kongreß der CDU/CSU in Hamburg

Von Klaus Helfer

Es bleibt dabei: Die deutsche Öffentlichkeit wird auf eine präzise Formulierung der Ziele christdemokratischer Kulturpolitik weiterhin verzichten müssen. So wahr es ist, daß die politische Zukunft der Unionsparteien von ihrer Fähigkeit abhängt, sich "unbeschwert von den Schlacken der Vergangenheit" einer "aktiven modernen Bildungspolitik" zuzuwenden, - wie der Bundeskanzler zum Abschluß des 3. Kulturpolitischen Kongresses der CDU/CSU formulierte, so deutlich zeigte doch gerade diese Veranstaltung, wie weit die Unionsparteien noch von dem "für die Gesamtpartei verbindlichen Bildungsprogramm" entfernt sind, das Prof. E r h a r d bei dieser Gelegenheit forderte.

"Schlacken" nicht weggeräumt

Die Schlacken der Vergangenheit, zu denen die vom nordrhein-westfälischen Kultusminister M i k a t im Arbeitskreis "Bildungspolitik" bitter beklagte Gewohnheit christdemokratischer Kulturpolitik gehört, die Lösung bildungspolitischer Sachfragen ohne Rücksicht auf die sachlichen Erfordernisse "aus vorgegebenen Obersätzen zu deduzieren" - diese ideologischen Elemente eines zutiefst unpolitischen Denkens liegen einer den Forderungen unserer Zeit entsprechenden Bildungspolitik der Unionsparteien nach wie vor im Wege. Die CDU muß so lange befürchten, daß die Verabschiedung eines kulturpolitischen Programms durch einen Bundesparteitag zur "politischen Selbstverstümmelung" führen könnte - so ein Delegierter aus Schleswig-Holstein - solange sie die unterschiedlichen Auffassungen zu bildungspolitischen Sachfragen in ihren Reihen nicht eindeutig zu entscheiden wagt und sich auf ermüdende Wiederholung unbestrittener Glaubensartikel beschränkt. Mikats Stoßseufzer, der ständigen gegenseitigen Bestätigung nachgerade überdrüssig zu sein, daß die CDU/CSU für den Menschen und seine Würde eintritt, fanden ebenso den Beifall der Delegierten wie seine Forderung nach konkreter Bestimmung bildungspolitischer Zielsetzungen durch die Bundespartei für alle ihre Landtagsfraktionen. Aber die gleichen Delegierten ließen es zudem widerspruchslös über sich ergehen, daß am Ende der Tagung als kulturpolitische "Empfehlung" des Kongresses ein Papier verlesen wurde, welches weder Gegenstand ihrer Diskussion noch der einführenden Referate war. Zu dem, was diese "Hamburger Empfehlung" ausgesprochen oder unausgesprochen als bildungspolitische Meinungsäuße-

rung nicht dieses Kongresses oder gar der CDU/CSU, sondern eines um seine Aufgabe sicher nicht zu beneidenden Redaktionskollegiums enthält, wird noch Stellung zu nehmen sein. Die vage Allgemeinheit dieser Formulierungen spiegelt nur allzu deutlich die tiefen Gegensätze wieder, die in den Unionsparteien zu bildungspolitischen Grundsatzfragen bestehen.

#### Huber kontra Mikat

Es sind die beiden jüngsten deutschen Kultusminister, die als Exponenten des reaktionären und des progressiven Lagers in der CDU/CSU auch in Hamburg auftraten. Während sich der Bayer H u b e r über die Erkenntnisse der modernen Bildungsforschung mokierte und mit Hilfe einer höchst naiven Milchmädchenrechnung den Nachweis zu führen versuchte, daß die herkömmliche Schulstruktur durchaus in der Lage sei, mit den dringendsten bildungspolitischen Problemen unserer Zeit fertig zu werden, postulierte sein nordrhein-westfälischer Kollege M i k a t die Notwendigkeit, aus den Tendenzen der europäischen Schulentwicklung Forderungen für die deutsche Situation abzuleiten. Dieses Bekenntnis Mikats zur Berliner Erklärung der Kultusministerkonferenz vom März d.J. war ebenso eine Kampfansage an die Bastionen der Reaktion in CDU und CSU wie sein Eintreten für das vom Berliner Schulsenator E v e r s geforderte bildungspolitische Aktions- und Zeitprogramm und die Forderung, sich mit den Vorschlägen auch der anderen Parteien ohne Rücksicht auf taktische Opportunität ernsthaft und unvoreingenommen auseinanderzusetzen.

Dieser kulturpolitische Kongreß hat die innere Beziehunglosigkeit der CDU/CSU zu einer modernen Kulturpolitik erneut bestätigt. Das von der Öffentlichkeit wie von den um die Zukunft der CDU/CSU besorgten Wahlstrategen geforderte bildungspolitische Programm kann nur dann die kulturpolitische Haltung der Unionsparteien eindeutig bestimmen, wenn es entweder von den Auffassungen Prof. Mikats oder von denen Dr. Hubers geprägt wird. Diese Entscheidung ist in Hamburg n i c h t gefallen. Die Diskussionen im Arbeitskreis "Bildungspolitik" haben gezeigt, daß das Unverständnis für die bildungspolitischen Notwendigkeiten unserer Lage nicht nur südlich der Donau zuhause ist. Der in Hamburg so oft beschworene Wunschtraum von einer "kulturpolitischen Führungsrolle der CDU/CSU" mußte der Einsicht weichen, daß die Versäumnisse der Vergangenheit allen Bestrebungen im Wege stehen, den Unionsparteien für das Wahljahr ein modernes bildungspolitisches make-up zu verleihen.

## Was ist eigentlich "Politik" ?

### Verfehlte Warnungen - am Beispiel der Energiepolitik

sp - Verschiedentlich konnte man in den letzten Tagen hören und lesen, die Industriegewerkschaft Bergbau sollte sich davor hüten, die Schwierigkeiten im deutschen Steinkohlenbergbau zu einem "Politikum" zu machen. Die Gewerkschaften würden sich damit einen schlechten Dienst erweisen, denn es sei ja "hinreichend bekannt", daß sich alle einsichtsvollen Kräfte bemühen, die Probleme der deutschen Energiewirtschaft gemeinsam zu lösen. Das alles wird im Biedermannston gesagt, und es fehlte nur noch, daß man mit dem Finger auf jene Politiker zeigt, die sich überhaupt um die Krisenprobleme der deutschen Energiewirtschaft kümmern. Mit dem Finger natürlich auch auf die Bundestagsabgeordneten.

Natürlich sind derartige Warnungen nichts anderes als ein schlechter Witz. Wenn es überhaupt ein "Politikum" im wirtschaftlichen Bereich gibt - in der modernen Industriegesellschaft läßt sich Wirtschaft von Politik gar nicht trennen - dann ist es besonders die Energiewirtschaft. Von ihrer Stabilität, von ihrer inneren Ausgeglichenheit und nicht zuletzt von der sozialen Sicherheit der Millionen Arbeitnehmer, die in der Energiewirtschaft arbeiten, ist ein entscheidender Teil der politischen Sicherheit in der Bundesrepublik abhängig.

Nun wird Politik in einem demokratischen Staat auf der Grundlage von Gesetzen gemacht. Wie diese Gesetze aussehen, ob sie gut oder schlecht sind, hängt von der Einsicht und der Vernunft der vom Volk gewählten Parlamentarier, also von Politikern, ab. Auch die jeweilige Regierung, die in ihrer Zusammensetzung nichts anderes ist als der politische Willensausdruck unseres Volkes, ist politisch verpflichtet, für eine gute Energiepolitik zu sorgen.

Bei genauerer Betrachtung ist festzustellen, daß die Warnung, man solle die Probleme der Energiewirtschaft nicht zu einem "Politikum" machen, genau aus der Richtung kommt, die seit Jahren verabsäumt hat, eine in die Zukunft weisende Energiepolitik zu entwickeln. Wenn früher einmal die Industriegewerkschaft Bergbau und die sozialdemokratische Bundestagsfraktion einen der Zeit angemessenen Energieplan für die Kohle-, Elektrizitäts-, Öl- und Erdgaswirtschaft förderte, hieß es immer, die zwischen den einzelnen Energieerzeugungsgesellschaften konkurrierenden Faktoren würden sich bald "auspendeln". Niemand würde Schaden nehmen, wenn man auch der Energiewirtschaft den freien Lauf ließe. Jetzt, da es sich zeigt, daß die Versäumnisse der Vergangenheit zu einer Sorge nicht nur der Bergarbeiter, sondern unseres ganzen Volkes werden, ruft man scheinheilig nach Abkehr von der "Politik", wohl hoffend, daß die Befolgung eines solchen Rat-schlags eine Möglichkeit bieten könnte, die Sünden der Vergangenheit in Vergessenheit geraten zu lassen.

Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien täuschen sich aber. Unser Volk ist politisch reif genug, um zu wissen, daß Verzicht auf Politik nur ein Augenauswischen wäre.